

# Die Not in den Kitas

Landeselternvertretung fordert Nachbesserung bei Platzvergabe

VON VERENA KOLL

**HANNOVER.** Eigentlich hatte die Landeselternvertretung der niedersächsischen Kindertagesstätten ja schon am 5. Januar, also vor genau einer Woche, darauf hingewiesen, warum es schwierig werden würde mit der Notbetreuung in den Kindertagesstätten. Aber dann sei es für viele eben doch genau so gekommen, wie es die Elternvertretung befürchtet hätte.

„Das größte Problem“, bringt es die erste Vorsitzende, Christine Heymann-Splinter, auf den Punkt, „ist, dass nicht genau festgelegt ist, welche Berufsgruppen denn genau für die Notbetreuung zugelassen sind.“ Sie hätten den Fall einer Familie gehabt, der schon im ersten Lockdown ein Platz verweigert worden war mit dem Hinweis darauf, im Haushalt lebe doch eine (alzheimerkranke) Großmutter, die das Kind betreuen könne.

„Oder da ist die Mutter mit zwei schulpflichtigen Kindern sowie einem im Kita-Alter. Sie ist bei der Sozialversicherung beschäftigt und kann im Homeoffice arbeiten. Dort führt sie aber viele Telefonate, in denen höchst sensible Daten besprochen werden. Und dabei hören unter anderem zwei Schulklassen mit. Das geht natürlich nicht.“ Dennoch sei der Mutter die Notbetreuung verweigert worden, weil sie ja im Homeoffice arbeite. Die Lösung? „Die Mutter geht wieder ins Büro, nun hat sie den Anspruch auf die Notbetreuung.“

Es seien Fälle wie dieser, die viele Familien einmal mehr in eine prekäre Betreuungssituation brächten. „Wenn sie von ihren Problemen berichten, hören dann viele: ‚Na ja, du wolltest doch Kinder.‘ Und das stimmt ja auch“, sagt Heymann-Splinter. „Aber Familien einer solchen Willkür auszusetzen, das ist einfach unsozial.“ Da sei es



**DIE MEISTEN MÜSSEN ZU HAUSE BLEIBEN: Für Kita-Kinder gibt's nur wenig Notbetreuung.**  
Foto: Kusch/dpa

im Grunde fairer, die Wirtschaft stillzulegen, dann seien zumindest nicht nur die Familien die Leidtragenden der Situation.

Auch der Niedersächsische Landkreistag kritisierte, dass es keine landesweiten Kriterien gebe, wer die Notbetreuung nutzen dürfe und wer nicht. Damit liege die alleinige Verantwortung wieder vor Ort bei den Kommunen, sagte Geschäftsführer Hubert Meyer in Hannover. „Wir haben zum wiederholten Male gefordert, dass das Land allgemein die Berufsgruppen festlegt, die prioritär solche Einrich-

tungen auch in Zeiten der zugespitzten Krise nutzen dürfen.“

Und noch etwas fordert der Landeselternrat um Christine Heymann-Splinter in Bezug auf die Notbetreuung in den Kitas: „Das Antragsformular für die Notbetreuung lässt sich immer noch nicht digital herunterladen. Das müssen die Eltern erst einmal in der Kita abholen und es dann dem Arbeitgeber zur Unterschrift vorlegen.“ Was zur Folge gehabt habe, dass viele am Montag das Formular erst einmal abgeholt hätten, mit der Betreuung gehe es dann erst am

Mittwoch los; sofern sie denn genehmigt werde.

Und noch einen Punkt kritisiert die Elternvertretung: Viele Erziehungsberufte müssten die Kita-Gebühren in niedersächsischen Kommunen auch für den Januar bezahlen, selbst wenn sie zur Notbetreuung nicht zugelassen würden. Eine positive Ausnahme sei da die Stadt Hannover: Sie will für den Januar keine Elternbeiträge einziehen. „Damit ist der für Eltern und Einrichtungsträger gleichermaßen schwierige Zustand beendet, dass die Einrichtungen zwar geöffnet sind,

aber möglichst nicht genutzt werden sollen“, hob Oberbürgermeister Belit Onay hervor.

Das sei beispielhaft, findet Heymann-Splinter. Gerade jetzt im Januar: „Jeder kennt das, der Januar ist der Monat, in dem die Versicherungen abbuchen. Das heißt, das Geld, das in vielen Familien ohnehin knapp ist durch Kurzarbeit oder durch Arbeitszeitverkürzungen, um die Betreuung zu sichern, ist jetzt noch einmal besonders knapp.“ Die Kita-Beiträge da zu erlassen, sei eine echte Hilfe für die Familien.